

## Niederschrift

### zur 27. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 11.10.2017	18:30- 19:53 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Sebastian Rausch

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz Vertreter für Gerold Sachse, Jürgen Grasnack

##### CDU/FDP-Fraktion

Jens Hoffrichter, Uwe Koch

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer , Matthias Rudolph

##### SPD-Fraktion

Jürgen Luban

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ab 18.40 Uhr

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes, Thomas Apitz , Jürgen Hajduk

##### Verwaltung

Anke Marggraf, Barbara Scharf, Jens Mörsel

#### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse entschuldigt

##### CDU/FDP-Fraktion

Reinhard Ksink entschuldigt

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt und begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste recht herzlich.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind zunächst 7 (später 8) Mitglieder und 3 sachkundige Einwohner anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung liegen Änderungen vor.

Der Vorsitzende informiert, dass der TOP 4 heute entfällt, da die Niederschriften noch nicht freigegeben sind. Des Weiteren bittet er darum, den TOP 7.1. (neu 6.1) mit dem TOP 7.2. (neu 6.2) zu tauschen. Damit erklären sich die Mitglieder einverstanden.

Herr Rudolph hinterfragt, warum die Drucksachen 6/DS/580 und 6/DS/582 nicht als originäre Aufgabe auf der heutigen Tagesordnung des HÜA stehen, obwohl es sich bei beiden Drucksachen um überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen bzw. Umbuchung/Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2017 handelt und stellt den formalen Antrag diese beiden Drucksachen mit in die TO aufzunehmen.

Nach einer regen Diskussion wird sich darauf verständigt, die Drucksachen in der nächsten Sitzung des HÜA am 08.11.2017 zu behandeln und in der Hauptausschusssitzung am 18.10.17 den formalen Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung zu stellen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rudolph, die DS 6/DS/580 und 6/DS/582 auf die heutige TO zu setzen, abstimmen.

**Zustimmung Ja 3 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0**

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Über die so geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

**Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 4 Informationen des Vorsitzenden**

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

## **TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

## **TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 6.1 Feststellung des Abstimmungsergebnisses zum Bürgerbudget 2018 6/DS/589**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Mörsel anwesend, der zunächst einleitend ausführt, dass am 8.10.17 55 Vorschläge für das Bürgerbudget zur Abstimmung standen. Der Wahltag verlief reibungslos. Zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses liegt den Mitgliedern eine Beratungsdrucksache (Tischvorlage) vor. Die ersten fünf Punkte sind aus der Öffentlichkeitsarbeit/Presse

schon bekannt. Der sechste Punkt „Wiedererrichtung des ehemaligen Kriegerdenkmals in Trebus“ (12.700 €) ist neu hinzugekommen. Zum einen waren nach Wahl der fünf Siegevorschläge noch 7.700 € übrig und zum anderen erhöht sich die Summe um 5.000 €, weil beim Punkt „Einmaliger Zuschuss für die Kulturfabrik und den Feuerwehrverein“ zwar der Heimattiergarten gestrichen, aber die Summe nicht abgezogen wurde. Mit dem sechsten Sieger wurden bereits Gespräche geführt. Er hat signalisiert, dass er mit dieser Summe gut auskommt und bereits Sponsoren für Baumaterialien etc. gewinnen konnte.

1.006 Wähler, im vorigen Jahr waren es 1.046 Wähler (leichter Rückgang), haben diesen Tag zur Abstimmung genutzt, was einer Wahlbeteiligung von 3,48 % entspricht.

Herr Fischer möchte die Ursachen für den Rückgang der Wahlbeteiligung wissen.

Herr Mörsel sagt, dass man über die Gründe philosophieren kann und erwähnt, dass im letzten Jahr die Wahlbeteiligung der Molkenberger sehr hoch war. Ein weiterer Grund könnte sein, dass den Bürgerinnen und Bürgern nur dieser Tag zur Verfügung stand. Die Möglichkeiten das Briefwahl- bzw. Online-Verfahren zu nutzen, gab es nicht.

Herr Hajduk regt erneut an, darüber nachzudenken, auch den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben an der Wahl teilzunehmen, die an diesem Tag verhindert sind (Urlaub, Krankheit etc.). Auch Herr Grasnack spricht sich dafür aus.

Herr Rausch hinterfragt zur Altersstruktur der Wählerinnen und Wähler, worauf Herr Mörsel antwortet, dass das Wählerverzeichnis diese Angaben nicht hergab. Die Daten können statistisch im Nachhinein auch nur sehr schwer erhoben werden.

Als Idee für die Folgejahre regt Herr Rausch an, um auch gerade die jüngeren Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, im Vorfeld die Schulen aufzusuchen, um für diese Thematik zu werben.

Frank-Peter Apitz persönliche Meinung ist, dass es der Sache gut tun würde, eine andere Marketingstrategie zu entwickeln, da ein niederschwelliges Anspruchsniveau bei den Bürgern vorhanden ist; auch die Nachbearbeitung über die Presse hat er vermisst.

Solange noch eine Vielzahl von Anträgen und Verbesserungsvorschlägen eingeht, so Herr Rausch, sieht er hierfür immer noch einen Bedarf.

Herr Rudolph merkt an, dass ein grundlegendes Problem sein könnte, dass manche Vorschläge aus Vorjahren immer noch nicht umgesetzt wurden, z.B. das Häuschen von Borussia. Hier muss man sich nicht wundern, wenn dieser Verein nicht zur Wahl geht. Er kann all diese Bürgerinnen und Bürger verstehen. Denn diese werden, auch im Nachhinein, nicht darüber aufgeklärt was mit ihrem Projekt geschieht.

Des Weiteren stellt er die Frage, ob es rein theoretisch möglich gewesen wäre, wenn ein Vorhabenträger am Tag der Entscheidung selbst von 11.00-18.00 Uhr neben seinem Vorschlag bzw. auf dem Marktplatz gestanden und Werbung gemacht hätte.

Hierzu teilt Herr Mörsel mit, dass eine klassische Bannmeile wie bei anderen Wahlen nicht festgelegt; eine ruhige passive Werbung aber zugelassen wurde.

Zu den Projekten aus dem Jahr 2017 gibt Herr Mörsel abschließend einen kurzen Sachstand:

- Die Überdachung der Außengehege des Tierheimes soll im Oktober erfolgen.
- Für den Kirchturm in Trebus werden immer noch finanzielle Mittel für den Fachwerkaufbau benötigt.
- Der Standort für den Glockenturm in Molkenberg steht fest; die Gewerke sind gebunden und der Bauantrag wurde eingereicht.
- Mit der Beleuchtung an der Hangelsberger Chaussee wurde begonnen (Installation von 8 Lichtpunkten).
- Die Eulenburg im Heimattiergarten ist für das Jahr 2018 avisiert.
- Beim grünen Klassenzimmer im Stadtpark besteht noch Konkretisierungsbedarf. Es sind weitere Abstimmungen zwischen Einreicher und Verwaltung notwendig.

Über die entstandenen Marketingkosten für das Bürgerbudget sowie über das Schreiben von Herrn Friedemann Vetter „Vorschläge zur Diskussion über die Satzung zum Bürgerbudget der Stadt Fürstenwalde/Spree“, das allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird, berichtet Herr Mörsel in einer der nächsten Sitzungen des HÜA.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt stellt das Abstimmungsergebnis fest.

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 6.2 Prüfung der Mittelverwendungsnachweise 2016 der Kulturfabrik gGmbH**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Scharf anwesend.

Sie führt zunächst u.a. aus, dass von der Kulturfabrik eine umfangreiche Abrechnung vorgelegt wurde. Die Abrechnung wurde termingerecht bis zum 30.6.17 gemäß Zuwendungsbescheid eingereicht. Eine kurze Überprüfung fand im Bereich Kultur statt. Der zahlenmäßige Nachweis erfolgte nach den einzelnen Bereichen entsprechend der Aufteilung gemäß Antrag. Die zahlenmäßige Gesamtdarstellung wurde mit dem Jahresabschluss, der von der Steuerkanzlei Neumann aufgestellt wurde, abgestimmt und als korrekt befunden. Die einzelnen Erlös- und Aufwandspositionen wurden ordnungsgemäß je Kostenstelle den Planwerten gegenübergestellt. Anhand beigefügter Buchungslisten wurden die Einzelbeträge nachgewiesen. Direkt zuordenbare Kosten wurden auch so entsprechend gebucht. Die Aufteilung einzelner Aufwandspositionen (z.B. für Heizung, Strom, Wasser, Versicherungen etc.) erfolgte nach bestimmten Schlüsseln. Ebenfalls erfolgte die Aufteilung der Personalgemeinkosten, bestehend aus den Kosten der Bereiche Verwaltung, Haustechnik und Werbung auf die einzelnen Bereiche am Jahresende nach den tatsächlich angefallenen Zeitanteilen. Geplant wurden diese aber nur unter der Kostenstelle „Verwaltung“. Diese Aufgliederung ist zwar gemäß Kosten-Leistungsrechnung richtig, wurde aber bei der Planung nicht so berücksichtigt. Insgesamt beträgt der Jahresüberschuss 5.746,05 €. Frau Scharf merkt an, dass die zahlenmäßige Abrechnung des Zuschusses als richtig und ordnungsgemäß anzuerkennen ist. Abschließend erwähnt sie, dass zu einigen Positionen noch Analysen gemacht werden können, gerade auch zu den Lohnkosten/Personalgemeinkosten, wie setzen sich diese zusammen etc. und hinterfragt den Wunsch der Abgeordneten.

Zu dem letztgenannten sagt Herr Koch, dass er schon von der Verwaltung (Kämmerei oder Kufa) einen Vorschlag erwartet, in Abstimmung mit den Gesetzlichkeiten, über den der Ausschuss dann befinden wird.

Herr Peter-Frank Apitz hat bei der Durchsicht der Wirtschaftspläne festgestellt, dass diese nicht identisch sind. Hier gibt es deutliche signifikante Abweichungen (u.a. bei den Personalgemeinkosten etc.). Da Fördermittel in Anspruch genommen werden, wirbt er auch für eine stichpunktartige Belegkontrolle. Des Weiteren wünscht er sich, um einen besseren Überblick zu erhalten, die Personalgemeinkosten aus dem Wirtschaftsplan herauszunehmen sowie eine genaue Abgrenzung zum Wirtschaftsbetrieb.

Frau Scharf teilt mit, dass sie extra darauf hingewiesen hat, dass die Personalgemeinkosten nochmals zu bereinigen sind, damit überhaupt erkennbar ist, was geplant ist (siehe Anlage 3 zum Prüfbericht).

Auch Herr Almes ist über dieses Zahlenwerk verwundert; beim Museum/Brauereimuseum ein Plus von 36.000 € und im Bereich Kultur ./37.000 €. Diese Zahlen sollten überprüft werden.

Frau Scharf führt aus, dass die Kosten insgesamt stimmig sind. Geprüft werden müsste, ob die einzelnen Umlageschlüssel zutreffend sind.

Herr Fischer geht auf die o.g. Ausführungen von Frau Scharf ein und spricht sich für seine Fraktion dafür aus „nicht da müsste man“ sondern „da muss man“ prüfen. Der HÜA kann sich diesen Themen widmen und von der Verwaltung fordern, welche Positionen sie im nächsten Jahr im Detail zu prüfen hat.

Herr Rudolph sagt, dass es offensichtlich ein systematisches Problem in der Prüfung gibt. Was nach wie vor fehlt, ist die Schlüssigkeitsprüfung des Sachberichtes; diese liegt den Mitgliedern bis heute nicht vor. Da es sich aber um eine institutionelle Förderung handelt ist es Grundvoraussetzung, dass immer eine vertiefte Prüfung gemacht wird.

Herr Rudolph stellt daraufhin den Antrag, all die Dinge die durch Frau Scharf angesprochen und aufgeworfen wurden unter „müsste man mal“ durchgeführt werden, so wie das Zuwendungsrecht es vorsieht und zwar für die Prüfung 2016 (stichprobenartige Belegprüfung etc.). Auch die Prüfung der Umlageschlüssel für die einzelnen Gemeinkosten (Personalkosten, Kfz-Kosten, Versicherungskosten, Betriebsnebenkosten etc.) ist mit einzubeziehen, um dann erneut im HÜA darüber zu befinden.

Des Weiteren ist aktuell unschlüssig, wie die Betriebskostenabrechnung für die Bibliothek erfolgt. Die Prüfung, die bisher vorgelegt wurde, ist nur ein kleiner Teil. Was die Sachprüfung betrifft, liegt bisher keine Stellungnahme seitens der Verwaltung vor (wie kommen die Abweichungen zum Wirtschaftsplan zustande, gibt es möglicherweise einen Rückerstattungsanspruch etc.). Eine strikte Trennung zwischen Wirtschaftsbetrieb und zuwendungsfähigen Betrieb ist deshalb unerlässlich.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rudolph abstimmen.

**Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung1 Befangen 0**

### **TOP 6.3 Entwurf Sitzungsplan 2018**

Der Sitzungsplan 2018 liegt den Mitgliedern als Entwurf vor. Insgesamt sind für den Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt 8 Sitzungen im Jahr 2018 vorgesehen.

Herr Almes unterbreitet den Vorschlag, den Sitzungskalender in einer digitalen Version ggf. über Outlook etc. allen Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

Die Ausschussmitglieder sind mit den angesetzten Terminen einverstanden.

**Zustimmung**

### **TOP 7 Informationen der Verwaltung**

Keine Informationen

### **TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Seitens der Mitglieder liegen keine Anfragen vor.

### **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Sitzungsteil und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Sebastian Rausch  
Vorsitzender

Anke Marggraf  
Schriftführerin